Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 60. Abendblatt. Dienstag, den 5. Februar. 1867.

Deutschland.

Berlin, 4. Februar. **Se. Majestät der König nahmen heute Vormittag die militärischen Meldungen und hiernach die Vorträge des Geh. Kabinetsraths v. Mühler und des Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsraths Costenoble entgegen. Um 1 Uhr statteten Se. Majestät Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Ludwig von Hessen, geborenen Prinzessin von Großbritannien und Irland, einen Besuch im Kronprinzlichen Palais ab und machten hierauf eine Spazierfahrt.**

— Ihre Majestät die Königin haben Allergnädigst geruht, nachstehendes Allerhöchstes Schreiben an den St. Johanniter-Malteser-Orden zu richten: „Der St. Johanniter-Malteser-Orden hat während des letzten Krieges durch seine aufopferungsvollen Leistungen sich seiner großen historischen Vergangenheit würdig bewiesen und die hingebende Hülfe verschiedener geistlichen Genossenschaften zweckmäßig zu verwenden gewußt. Es gereicht mir zur größten Genugthuung und Freude, hierfür dem Orden und zunächst Ihnen, als einem Vertreter desselben, aus Anlaß des Berichts über seine segensrriche Wirksamkeit, den Sie Mir eingereicht haben, Meine volle Anerkennung auszusprechen, und dadurch dem Danke, den das Vaterland auch diesem Orden schuldet, den geeigneten persönlichen Ausdruck zu verleihen. Berlin, 22. Januar 1867. Augusta. An den Grafen Franz Egon Marquis von und zu Hoensbroech auf Schloß Haag.“

Berlin, 4. Februar. (Herrenhaus.) 24. Sitzung. (Schluß.) Der dritte Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der XI. Kommission über das Gesetz, betreffend den Schutz wahrheitsgetreuer, durch die Presse erstatteter Berichte über die parlamentarischen Verhandlungen des Reichstages des norddeutschen Bundes. Die Kommission, deren Berathung kein Vertreter der Staatsregierung beigewohnt hat, beantragt das Gesetz, wie es vom Abgeordnetenhause angenommen worden ist, zu genehmigen. — Ref. Dr. Heffter verzichtet auf das Wort. — Graf Brühl erklärt sich gegen das Gesetz, da gar kein Beweggrund vorhanden wäre, den Zeitungen eine so große Befugniß einzuräumen. Die Zeitungen dürfen nicht die Berechtigung haben, alle und jede Aeußerung ungestraft zu veröffentlichen, denn es ist oft die Hauptabsicht der Redner, daß ihre Aeußerungen durch die Presse im ganzen Volke bekannt werden; darf nicht Alles veroffentlicht werden, so werden sich die Redner selbst Zaum anlegen und ihre Reden darnach einrichten. Die Freiheit der Presse ist bei uns schon umfassend genug und es ist nicht wünschenswerth, daß die preußischen Zeitungen noch vor den übrigen deutschen bevorzugt werden. — Ministerpräsident Graf von Bismarck-Schönhausen: Die Königl. Staatsregierung glaubt in der Bewilligung der Redefreiheit dem norddeutschen Reichstage gegenüber so weit gegangen zu sein, wie es von irgend einer Seite verlangt worden ist. Etwas Anderes aber ist die Redefreiheit, etwas Anderes die Freiheit, dasjenige, was gesprochen wird, durch den Druck zu verbreiten. Ich will nicht darauf hinweisen, daß man zu einem sehr viel größeren und in vielen Fällen weniger urtheilsfähigen Publikum durch die öffentlichen Blätter spricht, als von der Tribüne her, sondern nur auf den Uebelstand, daß während jede Meinung, die in einer parlamentarischen Versammlung geäußert wird, ihr Korrektiv in der Widerlegung finden kann, die ihr von der Tribüne zu Theil wird — daß dieses Korrektiv in denjenigen Klassen, denen die zahlreichsten Zeitungsleser angehören, fortfällt, weil dieselben nicht zwei Zeitungen verschiedener Farbe lesen, um sich ein unparteiisches Urtheil zu sichern, sondern sich an eine Zeitung halten. Diese eine Zeitung pflegt nur die extremsten Reden und Aeußerungen ihrer Parteiführer wiederzugeben; derjenige, welcher das liest, ist nicht in der Lage, gleich seinem vielleicht urtheilsfähigeren Vertreter im Parlament, diese Aeußerungen und Parteiauffassungen nach dem Maße der Widerlegungen, welche sie erfahren, abzuwägen und sich das Richtige aus dem Widerstreit verschiedener Meinungen herauszuziehen, sondern er vernimmt nur den Einen Redner, welcher gerade der Freund dieser Zeitung ist. Ich führe dies an, um nachzuweisen, daß die Regierung die Diskussion der Fragen, die uns beschäftigen werden und die das Wohl der ganzen Nation berühren, in den weitesten Kreisen nicht scheut, sondern daß sie nur eine gleiche Vertheilung von Sonne und Wind bei dieser Gelegenheit wünscht auch in derjenigen Arena, die nur dem Zeitungsleser zugänglich ist: außerhalb der parlamentarischen Kämpfe. Dies ist aber in diesen Kreisen unerreichbar, und deshalb ist die Korrektur durch das Preßgesetz meines Erachtens unentbehrlich, weil Excesse, Ueberschreitungen, die Widerlegung und Würdigung, die sie im Parlamente finden, im Publikum und gegenüber dem einzelnen Leser nicht finden können. Außerdem ist es sehr fraglich, ob es der öffentlichen Ruhe und Entwickelung der deutschen Verfassung förderlich sei, wenn dieses Mittel der Aufregung, was die Presse bietet, für einige an der Presse betheiligten Abgeordneten in einem ganz unbegrenzten und vom Strafrecht durchaus exempten Maße bewilligt wird. Das Parteitreiben ist bei uns noch nicht durch eine lange konstitutionelle Gewohnheit soweit gemildert worden, daß den leitenden Kräften in jedem Wählerkreise das Vaterland höher stände, als die Partei. Wir haben in dieser Beziehung noch in den jüngsten Wochen traurige Erfahrungen gemacht darüber, daß die Partei-Leidenschaft, die persönliche Eitelkeit, das Bedürfniß, Recht zu behalten, doch schließlich höher stehe, als das Interesse für irgend eine nationale Einrichtung. Hoffen wir, daß nicht gerade die schlimmsten Vertreter nach dieser Richtung hin gewählt werden; aber möglich ist es doch immerhin, daß Leute, die jeden staatlichen Zweck in ihrem ganzen Verhalten negiren, und sich für berechtigt halten, die unbeschränkte Preßfreiheit diktando von der Tribüne her rücksichtslos auszubeuten, gewählt werden in das norddeutsche Parlament. Nehmen Sie den Fall an, daß Leute, welche sich vom Vaterlande, in dem sie rechtlich wählbar sind, vollständig losgesagt haben, ich darf sagen, schamlos losgesagt haben, Leute, die offenkundig im Solde des Auslandes gegen ihr eigenes Vaterland dienen und schreiben, und solche sind als Kandidaten aufgetreten, wirklich ins Parlament gewählt werden, so möchte ich doch fürchten, daß von diesen Leuten mit eherner Stirn, denen die Begriffe der Ehre und des Vaterlandes gänzlich verloren gegangen sind, das Recht, beliebige Leitartikel straffrei zu diktiren und im Lande zu verbreiten, in einer Weise gemißbraucht werden könnte, die auch den entschlossensten Freunden der Preßfreiheit zuwider sein würde.

Herr v. Bernuth befürwortet den Kommissionsantrag und tritt den Ausführungen des Ministerpräsidenten entgegen, in denen er übrigens eine direkte Erklärung vermißt, und spricht seine Verwunderung darüber aus, daß die Staatsregierung in der Kommission nicht vertreten war. Das vorgeschlagene Gesetz ist durchaus gerechtfertigt und vollständig korrespondirend mit der betreffenden Bestimmung der preußischen Verfassungsurkunde, und ist ein nothwendiges Correolat zur Redefreiheit der Abgeordneten, die für den norddeutschen Reichstag gleichfalls garantirt ist. Die Gefahr, die daraus entstehen könnte, ist nicht so groß, wie sie der Herr Ministerpräsident darzustellen versucht hat. Die bei weitem größte Mehrzahl der Abgeordneten wird ja doch aus Männer bestehen, welche die deutsche Politik Preußens unterstützen; einzelne preußenfeindliche Redner werden dann im Hause widerlegt werden, und dies wird durch die Presse gleichfalls geschehen. — Ministerpräsident Graf v. Bismarck-Schönhausen: Ich will zunächst noch ein paar Worte sagen zur Entschuldigung des Umstandes, daß kein Regierungs-Kommissar in der Kommission anwesend war. Es herrscht im Hause eine nicht ganz konstante Praxis über die Mittheilungen an die Regierung in Betreff der Kommissions-Sitzungen. Gewöhnlich wird am Schlusse der Mittheilung. die an den Ministerpräsidenten gerichtet wird, gesagt, daß die Herren Ressortminister — in diesem Falle der Herr Justizminister und der Minister des Innern — direkt von dem Herrn Vorsitzenden unterrichtet würden, und in Folge dessen geht das an den Ministerpräsidenten gerichtete Schreiben bei diesem gewöhnlich ad acta, wenn derselbe nicht als auswärtiger Minister ein direktes Interesse an der Sache hat. Bei dieser Mittheilung war, so viel ich habe ermitteln können, die direkte Eröffnung an den Ressortminister nicht erfolgt und in Folge dessen ist kein Kommissar anwesend gewesen.

Wenn der Herr Vorredner als Grund für die Annahme des Gesetzentwurfs anführt, daß eine ähnliche Bestimmung in unserer Bundesverfassung stände, so ist die Thatsache allerdings richtig, aber ich ziehe daraus nicht denselben Schluß. Wenn es sich in Betreff unserer Verfassung de lege ferenda handelte, so würde ich eben so sehr dagegen kämpfen, wie gegen die Anwendung der Bestimmung auf den deutschen Reichstag. Allein es handelt sich bei uns um bestehendes Gesetz und gültiges Verfassungsrecht, was anzufechten ich nicht für meine Aufgabe halte. So ganz gering möchte ich übrigens den Uebelstand nicht anschlagen, wenn einzelne Abgeordnete in den Reichstag gewählt würden von der Kategorie, deren Bezeichnung der Herr Vorredner richtig verstanden und wiedergegeben hat, denn es scheint mir doch nicht gleichgültig, wenn auch nur ein Abgeordneter das Privilegium hätte, Reden entschieden landesverrätherischen Inhalts nicht nur zu halten, sondern sie für ausländisches Geld in Hunderttausend Exemplaren bei uns im Lande verbreiten zu lassen und sich damit zu schützen, daß seine eigenen strafbaren Aeußerungen mit aller Genauigkeit wiedergegeben seien. — Herr v. Senfft-Pilsach spricht gleichfalls für Ablehnung des Gesetzes, damit unter dem Titel „Aeußerungen und Meinungen“ nicht alle Arten von Verleumdungen, Injurien und Majestätsverbrechen begangen werden. — Herr v. Kleist-Retzow schließt sich dem Vorredner an und entschuldigt die Majorität der Kommission, weil sie die Annahme des Gesetzes empfohlen. Dies komme daher, weil man die Intentionen der Staatsregierung nicht gekannt habe; weder im Abgeordnetenhause, noch in der Kommission des Herrenhauses habe sie sich darüber geäußert. — Herr v. Meding (Vorsitzender der Kommission) erklärt, daß er nunmehr auch gegen das Gesetz stimmen werde, und bittet, das Gesetz entweder abzulehnen oder nochmals an die Kommission zurückzuweisen. — Referent Heffter befürwortet den Kommissionsantrag; Herr v. Bernuth erklärt sich gegen den Antrag auf Zurückweisung an die Kommission. — Ein Antrag auf namentliche Abstimmung wird nicht hinreichend unterstützt; darauf wird über das Gesetz abgestimmt; dasselbe wird jedoch mit allen gegen 8—10 Stimmen abgelehnt; dagegen stimmen auch die Minister Bismarck, Itzenplitz und Lippe.

Vierter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Budgetkommission über die Allgemeinen Rechnungen über den Staatshaushalt der Jahre 1859, 1860, 1861, 1862 und 1863. Die Anträge derselben, welche den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses gleichen, werden ohne Debatte angenommen.

Fünfter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Kommission für Handel über die am 2. November 1865 zwischen Preußen, Oesterreich, Frankreich, Großbrittannien, Italien, Rußland und der Türkei abgeschlossene Konvention unter dem Titel: „Acte public relatif à la navigation des embouchеures du Danube.“ Dem Antrage der Kommission auf Genehmigung wird ohne Debatte zugestimmt.

Sechster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Kommission über den Gesetz-Entwurf, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften. — Die §§. 32 und 58, welche die Hauptänderungen enthalten, lauten: §. 32. „Die Königliche Regierung ist befugt, einen Kommissar zu bestellen, der das Recht hat, den Versammlungen der Genossenschafts-Organe beizuwohnen und von den Büchern, Rechnungen und sonstigen Schriftstücken der Genossenschaft, sowie ihren Kassen und Anstalten, Einsicht zu nehmen.“ §. 58. „Zur Vermittelung des Geschäftsbetriebes der Genossenschaftskassen, welche dies in Anspruch nehmen, wird die Königliche Staats-Regierung eine Centralkasse einrichten und diese mit einem Betriebsfonds von 2 Millionen Thaleon dotiren.“

Referent Dr. Dernburg skizzirt kurz die Entstehungsgeschichte der Genossenschaften, welche ein gesundes soziales Prinzip enthalten und die korporative Idee realisiren. Die großen Nachtheile, die sie durch ihre bisherige Lage erlitten, fordern dringend Abhilfe; und je mehr sie auswüchsen, desto mehr würden sie auch aus dem Parteitreiben hinauskommen. Der Widerspruch der Verhältnisse der Genossenschaft mit dem, was sonst Recht ist, sei nicht aus den Augen zu lassen. In derselben könne der Einzelne die Vollmacht, welche er giebt, nicht jeden Augenblick wieder zurückziehen und entbehre so der Handhabe zur Kontrolle. Der Gesetzentwurf habe nicht Alles genügend berücksichtigt und die Kommission mußte deswegen wenigstens einige Sicherungsmaßregeln vorschlagen. Es sind jedoch von der Majorität einzelne Mittel beliebt worden, mit denen sich Referent nicht einverstanden erklären kann. Einstimmig aber war man der Ansicht, daß die Genossenschaften gefördert werden müssen. Ich hoffe, schließt Redner, daß diese erste Korporation des Landes in diesem Sinne für die niederen Korporationen sorgen wird. — Herr v. Kleist-Retzow mißt den Genossenschaften bis jetzt keineswegs große Bedeutung bei, weil sie ungenügend eingerichtet sein; die einzige Art, die Beachtung verdiene, seien die Vorschußvereine. Jetzt ist dies Alles aber nur eine Organisation eines Staates im Staate unter einem Führer, der der Regierung und der Kirche feindlich ist. Der vorliegende Entwurf, in welchem die Regierung durchaus keine eigenen Gedanken habe, sei eine Bankerott-Erklärung derselben; er sei von ihrem Feinde auf Leben und Tod verfaßt und sie verlange selber, daß das Herrenhaus, ihr Freund auf Leben und Tod, ihn annehmen solle. Es sei schon selbstverständlich, daß ein Gesetzentwurf, der von Schulze-Delitzsch stamme, ohne Aenderungen vom Herrenhause nicht angenommen werden könne. Schon die politische Gefährlichkeit derselben sei bedenklich; außerdem aber hätten die Mitglieder derselben neben dem Handelsgesetzbuch eine exorbitante bevorzugte Stellung. Dafür soll in milder Weise Abhilfe geschaffen werden. Es sei rührend, wie sich die Einzelnen quälen müßten; deswegen sei der richtige Vorschlag einer Staatsunterstützung von 2 Mill. gemacht. Außerdem aber müsse im Interesse der Kassen und des Kredits der Mitglieder nothwendig eine solche staatliche Centralkasse existiren. Den Kommissar aber, gegen welchen die Regierung so sehr e fere, werde man gar nicht ungern sehen, sondern er werde bald wie ein Vater von seinen Kindern geliebt werden. Es sei dies die mildeste Art, wie der Staat mit den Genossenschaften in steter Verbindung bleibe. Außerdem sei daß das gute alte preußische System. Werden diese Garantieen gegen die Uebelstände, die das Blühen des Genossenschaftswesens mit sich bringen, nicht gegeben, so müsse er gegen das Gesetz stimmen. — Der Antrag auf Vertagung wird gestellt; Handelsminister Graf Itzenplitz bittet, selbst im Falle der Annahme der Vertagung, ihm noch das Wort zu geben, damit er den Standpunkt der Staats-Regierung darlegen könne. — Der Antrag auf Vertagung wird angenommen. — Handelsminister Graf Itzenplitz: Die Staatsregierung hält das vorliegende Gesetz für durchaus nützlich und hat schon seit Jahren das Zustandekommen desselben angestrebt. Sie wünscht deshalb dringend, daß es in dieser Session noch zu Stande komme. Denn es läßt sich nicht leugnen, daß die Personen, die das Gesetz verlangen, Billiges wünschen; und es sind das Personen, die unter sich einen großen Theil der Lasten des Lebens tragen. Wenn diese nun noch dadurch gehindert werden, daß es keine gesetzliche Form für die Gesellschaften, von denen sie Abhülfe hoffen, giebt, so muß ihnen eine solche gegeben werden; es ist dies die Pflicht der Staats-Regierung. Seit 3 Jahren ist die Frage nun schon hin und her erörtert worden; und jetzt liegt es lediglich an Ihnen, ob die Sache zu Stande kommen soll. Die Regierung hat die ihr nöthig erscheinenden Vorsichtsmaßregeln vorgeschlagen; das andere Haus hat sie angenommen; es ist dies ein Beweis dafür, daß es sich in den Genossenschaften nicht blos um Politik, sondern um wirklich materielle Sachen handelt. Ich möchte wünschen, daß dieses Haus nun nicht das Gute hinderte in der Absicht, etwas Besseres noch anzubahnen. Die Staats-Regierung wünschte Anfangs allerdings eine Konzession der Oberpräsidenten zur Bildung der Genossenschaften; das andere Haus hat dem nicht beigestimmt; die Staats-Regierung ging aber von der Tendenz aus, den Ansprüchen jener Leute bald gerecht zu werden und war damit einverstanden; sie würde es nun auch durchaus für wünschenswerth halten, daß Sie diesen Klassen der Bevölkerung durch unveränderte Annahme des Gesetzes zu Hülfe kommen und alle Amendements verwerfen. Irgend eine Aenderung ist der Verwerfung gleich zu achten, da das Gesetz dann in dieser Session nicht mehr zu Stande kommen und eine drei Jahre lange Arbeit dann verloren sein werde.

Die Sitzung wird darauf um 3¼ Uhr vertagt; nächste Sitzung Dienstag, 11 Uhr; Tages-Ordnung: Fortsetzung der Berathung über das Genossenschaftsgesetz; Eisenbahnvorlage; Pommersches Lehnsgesetz; Vertrag mit Thurn und Taxis.

Altona, 2. Februar. Eine neue hier abgehaltene Versammlung kleinerer Kaufleute erklärte sich für den unbedingten Eintritt Altona's in den Zollverein und gründete einen Verein, der die Angelegenheit weiter fördern soll. Die größeren Kaufleute wollen für Altona eben so gut wie für Hamburg die Freihafenstellung erhalten sehen.

Stuttgart, 2. Februar. Die Minister-Konferenzen werden nur von kurzer Dauer sein. Sie beginnen morgen Vormittag 11 Uhr und werden wahrscheinlich am Dienstag beendigt sein; der Sitz der Konferenz ist im alten Schlosse. Se. Maj. der König empfing heute die Konferenzmitglieder, zuerst den Fürsten Hohenlohe. Am Sonntag ist großes Diner im K. Schlosse, am Montag Ball bei Sr. Excell. dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten, am Dienstag eine Festlichkeit in der Wilhelma. Zur Tafel bei Sr. Maj. dem Könige werden die Mitglieder der Konferenz, die Gesandten der bei der Konferenz vertretenenen Staaten, die würtembergischen Minister, der Chef des Kabinets des Königs und der Hofstaat gezogen. Für die Aufführung am Sonntag ist „Figaro's Hochzeit“ gewählt worden. — Der preußische Geschäftsträger, Herr v. Pfuel, ist hier eingetroffen.

Ausland.

Paris, 2. Februar. Auf dem Marsfelde ist Alles Leben und Bewegung und schon jetzt erhält man einen Vorgeschmack der großartigen Eindrücke, die man zu erwarten hat. Die Ausstellung wird bekanntlich nicht blos Arbeitsprodukte der heutigen Zeit umfassen, sondern es wird eine besondere Abtheilung unter Leitung einer eigenen Kommission der Kunst und Industrie des Alterthums und Mittelalters, der Renaissance und der neueren Zeit gewidmet sein. Diese Abtheilung verspricht von hervorragendem Interesse zu werden. Namentlich werden die alten Städte Frankreichs ein reiches Kontingent mittelalterlicher Kunstgegenstände stellen. Nicht weniger werden die Ausstellungen außereuropäischer Industrien das öffentliche Interesse und mehr noch die Neugier der Menge reizen. Die egyptische Ausstellung soll, wie es heißt, an Werth die Kleinigkeiten von 1800 Millionen repräsentiren. Das „Museum von Bulak“ soll die ganze Geschichte der egyptischen Kunst illustriren; an der Seite dieses Museums wird der „Selamlik“ stehen, ein Gebäude, das außer einem zweiten Museum, das der Kunst der arabischen Eroberungsperiode gewidmet ist, Gartensalons, Springbrunnen ꝛc. enthalten wird. Dort wird der Vicekönig, der bekanntlich zur Ausstellung nach Paris kommt, seine Wohnung aufschlagen und den Besuch des Kaisers empfangen. In einem Bazar werden verschiedene Gegenstände der egyptischen Industrie zum Verkauf ausgestellt sein. — Auch in musikalischer Beziehung wird die Ausstellung interessant werden. Für die beste Kantate ist ein Preis ausgeschrieben, die bis zum 1. April eingeschickt sein muß. Im Industriepalast auf den elysäischen Feldern wird unter Direktion des Herrn Haindl am 3. Juli ein großes Konzert veranstaltet, außerdem sollen drei internationale Militär-Musik-Aufführungen vorbereitet werden. Auf dem Marsfelde ist ein kleiner Salon für Kammer-Musik eingerichtet. Dem Marsfelde gegenüber, auf der Insel Billancourt, soll eine Ausstellung von Weinen stattfinden.

London, 2. Februar. Der feierliche Aufzug bei Gelegenheit der Parlaments-Eröffnung wird in diesem Jahre in der gewöhnlichen Weise von Statten gehen, mit der Ausnahme, daß dieses Mal ein Galawagen den alten Staatswagen ersetzen wird. Wie im vorigen Jahre wird die Königin den Zug die große Treppe hinauf und über die Königliche Galerie vermeiden, indem sie durch den Eingang der Peers das Haus betritt. Dort wird dieselbe von dem Lordkanzler und den höchsten Staatsbeamten empfangen und in das Haus zum Throne geleitet werden. Es bleibt einstweilen noch zweifelhaft, ob sie die Thronrede persönlich verlesen, oder dem Lordkanzler zur Verlesung übergeben wird.

Pommern.

Stettin, 5. Februar. Die gestrige Wählerversammlung im Schützenhause wurde Namens des national-liberalen Wahl-Comité's vom Kaufmann Herrn Reimarus eröffnet, der zu Beisitzern die Herren: Rechts-Anwalt Masche, Medizinalrath Dr. Rhades, Ofenfabrikant Keppler und Tischlermeister Kaseburg ernannte. Der Vorsitzende wies sodann auf die lebhafte Bewegung hin, welche die bevorstehende Abgeordnetenwahl zum norddeutschen Parlament auch in hiesiger Stadt hervorgerufen habe, erwähnte, daß man von einem Abgeordneten Intelligenz, Gradheit, Ehrlichkeit und namentlich Festigkeit des Charakters fordern müsse und daß das Comité glaube, diese nothwendigen Eigenschaften bei dem zeitigen Abgeordneten, Redakteur Otto Michaelis zu finden. Zwar sei demselben der Vorwurf gemacht worden, daß er in der sogen. „Staatsschatz-Angelegenheit“ die Sache des Volkes verlassen

habe, anders denke hierüber aber ein großer Theil seiner früheren Wähler und werde Herr Michaelis auch hoffentlich Veranlassung nehmen, sich in dieser Versammlung noch näher über die Sache auszusprechen. Er ertheilte demnächst Herrn Michaelis das Wort, welcher, mit Beifall begrüßt, die Rednerbühne betrat und zuvörderst seinen Dank für die Aufnahme seiner Kandidatur hierselbst aussprach. Sodann sagte derselbe etwa Folgendes: Er glaube, seine Stellung zu den Aufgaben des norddeutschen Parlaments nicht besser als durch eine Schilderung seiner bisherigen Thätigkeit im preußischen Abgeordnetenhause darlegen zu können. Nach den Resultaten der von unserem Ministerium befolgten auswärtigen Politik habe man bei dem Zusammentritt des Landtages mit Bangen der weiteren Entwickelung unserer Verhältnisse entgegen gesehen und der Thronrede geharrt, um zu sehen, ob die Regierung des Ernstes der Lage eingedenk die Hand zur Versöhnung bieten oder mit Schärfe auftreten werde. Sie habe aber die Hand der Versöhnung geboten und handelte es sich nun zunächst um die Antwort auf die Thronrede, welche schwere Kämpfe innerhalb der liberalen Partei verursachte. Er (Redner) würde es für das größte Unglück gehalten haben, wenn jene Partei mit einer geringen Majorität den früheren Kampf gegen die Regierung wieder hätte aufnehmen wollen; hätte sie ihn in bisheriger Weise fortgesetzt, so würde sie dadurch offenbar den Weg zur Erreichung des großen Zieles der deutschen Einheit im Stiche gelassen haben. Er habe sich sehr wohl gesagt, daß er durch die von ihm eingenommene unabhängige und selbstständige Stellung sich Mißdeutungen aussetzen werde, ebenso aber habe er auch angenommen, daß sein Auftreten später die gebührende Berücksichtigung finden werde. In welchem Zustande, fragte Redner, befänden wir uns wohl jetzt, wenn die Indemnität, ferner die Anleihe nicht bewilligt, wenn ein Budget nicht zu Stande gekommen wäre? Jetzt hätten wir dagegen gekräftigte Zustände und die desfallsigen Beschlüsse seien keinesweges die Unterwerfung einer Partei unter eine andere, sondern Kompromisse gewesen. Das Interesse des Staates und Landes werde nur durch heilsames Zusammenwirken gefördert. Bei der Annahme des ersten Gesetzentwurfes, desjenigen der Indemnitätsbewilligung, sei feierlich ausgesprochen: daß eine Verwaltung ohne Budget verfassungswidrig und daß ein solches stets vor dem Beginn des neuen Etatsjahres zu Stande gekommen sein müsse. Das verfassungsmäßige Recht der Landesvertretung sei also vollständig gewahrt. Ebenso sei es gelungen, die Frage wegen der Darlehnskassen in einer dem verfassungsmäßigen Leben entsprechenden Weise zu ordnen. Sodann habe es sich um die Bewilligung des 60 Millionen-Kredits gehandelt. Es sei vom Abgeordnetenhause als begründet erkannt, daß die politische Lage Europas durch den von Preußen so erfolgreich geführten Krieg erschüttert, daß aus verschiedenen Ursachen leicht ein neuer Krieg ausbrechen könne und daß der Staat auch finanziell kriegsbereit sein müsse. Die Regierung behauptete, einen „Staatsschatz" haben zu müssen und wurden die aus demselben zur Kriegführung entnommenen Mittel wieder zurückgefordert, auch hatte der Staatsschatz gesetzlichen Anspruch auf alle Ueberschüsse aus der Finanzverwaltung ohne besondere Zustimmung die Landesvertretung. Man habe nun gesagt, ein Schatz mit 30 Millionen mache es der Regierung immer möglich, Krieg auch ohne der Zustimmung der Landesvertretung zu führen; die Richtigkeit dieser Behauptung aber bestreite er, es gehöre dazu viel mehr als Geld, namentlich auch die Unterstützung des ganzen Volkes. Konnte das Abgeordnetenhaus also, (fuhr Redner fort), den gefährlichen Staatsschatz nicht ganz beseitigen, so mußte sie dessen Gefährlichkeit — ähnlich wie man einen bissigen Hund an die Kette legt, dadurch beseitigen, daß man ihm ebenfalls eine Schranke anlegte, und zur Erreichung dieses Mittels habe er in Gemeinschaft mit dem Abgeordneten Roepell-Danzig beantragt, daß wenn der Staatsschatz zu einer Höhe von über 30 Millionen angewachsen sei, bezüglich des Ueberschusses nur mit Zustimmung der Landesvertretung disponirt werden dürfe. Die Annahme dieses Antrages sei deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil dadurch die Möglichkeit geschaffen, die Ueberschüsse des Schatzes für Steuererleichterungen, zur Verringerung der Staatsschuld rc. zu verwenden. Im zweiten Theile der Session sei es darauf angekommen, ein Budget zu Stande zu bringen und zwar wiederum auf Grund eines Kompromisses. Er habe bereits früher beantragt, die Budgetberathungen sollten nicht zunächst in einer geheimen Kommission, sondern sofort im ganzen Hause offen vor dem Volke stattfinden und bei denselben die ganze Wucht der Landesvertretung eingesetzt werden. Wie bekannt, sei dieser Antrag angenommen und es hätte die Debatte öffentlich stattgefunden. Daß er mit seinem Antrage Recht gehabt, hätten jene Debatten zur Genüge bewiesen, es wären durch die Verhandlungen die nothwendigen Reformen der inneren Verwaltung gegeben, theilweie wesentliche Abstreichungen vorgenommen rc., überhaupt aber wäre das Budget rechtzeitig zu Stande gekommen und wir lebten jetzt wieder in geordneten verfassungsmäßigen Zuständen. Seine Aufgabe sei es hauptsächlich gewesen, die durchaus nothwendige Harmonie zur Förderung eines verfassungsmäßigen Lebens wieder herzustellen und erwarte er eine große Zukunft für unser Land, in der auch die Zukunft von ganz Deutschland beruhe. Eine gleiche Aufgabe erachtet Redner geboten, um an der Vereinbarung der Verfassungsgrundlagen des norddeutschen Bundes erfolgreich mitzuwirken. Als vorzugsweise zu erstrebende Ziele bezeichnete er in dieser Richtung den Aufbau eines Staates, in dem jeder Einwohner desselben ein „wirkliches Vaterland" finde und in Folge allgemeiner Freizügigkeit seine Kräfte überall, wohin er komme, verwerthen könne, ferner die Beseitigung aller den Handel und Verkehr hemmenden Schranken, die Gründung einer starken preußischen Centralgewalt, sowie einer Volksvertretung mit Einfluß auf die Politik und Verwaltung. Es sei, bemerkte der Redner, schwer, sich im Einzelnen bestimmte Fragen, die an den norddeutschen Bund herantreten, vorzulegen, im Großen und Ganzen käme es aber darauf an, einen Bau zu Stande zu bringen, der allen Schicksalen nnd Schwierigkeiten, die uns noch bevorstehen, gewachsen sei, überhaupt einen kräftigen Staat in Verbindung mit den Freiheiten des Volkes zu gründen. Daß ein solches Werk zu Stande kommen werde, dafür bürge die Interessenstellung aller Betheiligten, indessen sei in Norddeutschland nur ein Staat möglich, der „auf dem parlamentarischen System" beruhe. Anerkannt müsse allerdings werden, daß die Aufgabe der Einigung Deutschlands eine ernste, harte und große Ausdauer erfordernde Arbeit sei, aber zu derselben müßten wir zusammenstehen, denn wir arbeiteten ja für ein freies, einiges Deutschland! (Die Rede wurde mit wiederholten Zeichen des Beifalls aufgenommen.)

Hiernächst nahm Herr Kämmerer Hoffmann das Wort, um in längerer Rede, in der er auch auf die frühere parlamentarische Thätigkeit des jetzt als Abgeordneten empfohlenen Konsuls Gustav Müller zurückgriff, die Wahl des Herrn Michaelis zu empfehlen, worauf Herr Dr. Wolff u. A. erwiderte: Er müsse die früheren parlamentarischen Leistungen des Herrn Müller — und zwar nicht nur aus eigener Veranlassung, sondern auch im besonderen Auftrage des Herrn Michaelis — in Schutz nehmen. (Redner verwies hierbei speziell auf einzelne Gegenstände der parlamentarischen Wirksamkeit des Herrn M.) Fast wir Alle hätten uns übrigens wohl im vorigen Jahre bedenklich geirrt und die Indemnität, die wir dem Ministerium ertheilt, hätten wir eben so gut uns selbst zu ertheilen. Nur dadurch, daß es hier gelungen, den Charakter des Herrn Michaelis zu verdächtigen, sei die Kandidatur des Herrn Müller hervorgerufen. Namentlich habe es in unserer Stadt großes Aufsehen erregt, als hiesige Blätter die Nachricht von der angeblich bevorstehenden Ernennung des Herrn Michaelis zum Geh. Rath im Ministerium gebracht, für denselben also eine glänzende politische Zukunft in Aussicht gestellt hätten, welche Nachricht sich aber einfach als unrichtig erwiesen. Mit der Stimmung sei es überhaupt eine eigene Sache und so habe denn auch der Umstand, daß Herr Michaelis sich durch einzelne seiner Abstimmungen im Abgeordnetenhause anders ausgesprochen, als wie manche seiner Wähler es wohl gewünscht, zu den Verdächtigungen desselben beigetragen. Ein politischer Charakter erfordere es, nicht blos zu stimmen, je nachdem gerade der Wind wehe, sondern der eigenen Einsicht und Ueberzeuguug zu folgen. Jedenfalls habe man sich vielfach den Unterschied in unseren politischen Verhältnissen zwischen früher und jetzt nicht klar gemacht und nur so sei es möglich geworden, die Verdächtigungen gegen Herrn M. hervorzurufen. In der Politik handle es sich nicht um Richtersprüche, man könne deshalb auch füglich nicht verlangen, daß der Politiker sich unter allen Umständen einfach nur an frühere Aussprüche binde, sondern er müsse den Verhältnissen und Umständen entsprechend Rechnung tragen; namentlich dürfe ein Politiker sich niemals voreilig verpflichten, wie dies z. B. in der bekannten früheren Erklärung zahlreicher Abgeordneten für das vermeintliche Recht des Augustenburgers geschehen, an welcher Erklärung sich Herr Michaelis indessen aus Ueberzeugung nicht betheiligt habe. Endlich führt der Redner — gestützt selbst auf einzelne Aeußerungen des Konsuls Müller, dahin gehend: er würde im Allgemeinen in einzelnen Punkten anders als Michaelis gestimmt haben, indessen wisse er nicht, ob letzteres auch nach Lage der Verhältnisse der Fall gewesen wäre, wenn er wirklich im Abgeordnetenhause gesessen hätte — den Nachweis, daß wer außerhalb der Thätigkeit des Abgeordnetenhauses stehe, Manches ganz anders auffasse, als der Abgeordnete selbst. Er bittet schließlich dringend, entschieden nicht an der Ehrenhaftigkeit des Charakters des Herrn Michaelis zu zweifeln und dies durch dessen Wahl zu beweisen. (Lebhaftes Bravo.) — Wir haben bereits erwähnt, daß die Anwesenden fast einstimmig ihr Einverständniß mit der Wahl des Herrn Michaelis zu erkennen gaben und schloß Herr Reimarus die Versammlung mit dem Ersuchen, sich recht zahlreich an der Wahl zu betheiligen und so die Wahl des Herrn Michaelis zu sichern.

— Vor einigen Tagen wurde ein junges Mädchen auf ihrem Wege von Grabow zur Stadt in den Anlagen in der Nähe des Brunnenhäuschens von einem bisher nicht näher ermittelten, anscheinend dem Arbeiterstande angehörigen Manne dadurch, daß er ihr den Weg vertrat, zur Verabreichung einer Geldgabe genöthigt. Der Strolch entfernte sich erst, als in der Nähe Männertritte hörbar wurden.

— Ein Schuhmacher aus Züllchow war gutwillig genug, einem ihm gänzlich unbekannten Menschen, der sich in der Nacht auf dem Wege zwischen Grabow und Bredow zu ihm gesellte, auf dessen Ansuchen für den Rest der Nacht in seiner Wohnung Unterkommen zu gewähren. Als der Wirth am nächsten Morgen erwachte, ergab es sich, daß sein Gast ihm aus Dankbarkeit verschiedenes zugerichtetes Leder entwendet hatte. Der Bestohlene wird mit seiner Gastfreundschaft wohl in Zukunft vorsichtiger sein.

— In der verflossenen Nacht wurde der Handlungs-Kommis O., welcher sich der Festnahme einer in seiner Begleitung befindlichen prostituirten Dirne widersetzte, verhaftet.

— Gestohlen wurde während der letzten Tage u. A.: 1) dem Konditor Ehrhardt am Kohlmarkt aus einer unverschlossenen Küche eine silberne Kaffeekanne im Werthe von 25 Thlr.; 2) dem Kaufmann Th. H. Schröder aus seiner in Bredow belegenen Sommerwohnung mittelst Einbruchs einige Kleidungs- und Wäschestücke; 3) der in der Schulzenstraße 22 dienenden unverehelichten Strey aus einer von der Küche aus zugänglichen Kammer Kleidungsstücke im Werthe von 17 Thlr.; 4) einem in Bredow wohnhaften Viktualienhändler aus einer Umzäumung neben seinem Laden $\frac{1}{2}$ Tonne Hering. Die betreffenden Diebe sind bisher nicht ermittelt.

— Von Seiten des hiesigen Magistrats wurde unterm 13. November v. J. eine Petition an das Abgeordnetenhaus gerichtet: Das Haus wolle dahin wirken, daß im Wege der Gesetzgebung die für die Einquartierung gewährten Servissätze angemessen erhöht werden. Eine gleiche Petition war schon 1863 eingereicht worden, wegen Schlusses der Session aber nicht zur Berathung gekommen. Die Gemeinde-Kommission des Hauses hat darüber jetzt Bericht erstattet. Nachdem von Seiten des Regierungs-Kommissars in der Kommission die Erklärung abgegeben war, daß die Staatsregierung unausgesetzt mit der Vorlage beschäftigt sei, bei dem großen Umfange der Tarifarbeiten aber und wegen des vorjährigen Krieges die Arbeiten hätten unterbrochen werden müssen, so daß die Vorlage in der gegenwärtigen Session nicht in Aussicht zu stellen sei, auch in Betreff der neu erworbenen Landestheile Erwägungen nothwendig werden, hat die Kommission einstimmig beschlossen, dem Hause zu empfehlen: dasselbe wolle beschließen, mit Rücksicht auf die von der Staatsregierung abgegebenen Erklärungen, über die Petition des Magistrats zu Stettin, so wie über zwei denselben Gegenstand betreffende andere Petitionen zur Tagesordnung überzugehen.

— Bei der in kurzer Zeit zu erwartenden Wiedereröffnung der Schifffahrt erscheint es dringend geboten, daß die seit Kurzem in Angriff genommenen ausgedehnten Reparaturbauten am Bohlwerk am Speicher mit stärkeren Kräften als bisher betrieben werden.

Neueste Nachrichten.

Darmstadt, 4. Februar, Nachm. Eine heute publizirte Verordnung setzt für die oberhessischen Abgeordneten zum norddeutschen Reichstage sieben Gulden tägliche Diäten und Ersatz der Reisekosten fest. Die Kosten der etwaigen Vertretung eines öffentlichen Beamten werden von der Staatskasse getragen.

Stuttgart, 4. Februar, Nachm. Die Militärkonferenzen der süddeutschen Staaten sind gestern eröffnet worden. Nach einer am Vormittag stattgehabten Sitzung wurden die Bevollmächtigten vom Könige empfangen und zur Tafel gezogen. Abends wohnten sie der Festvorstellung im Theater bei. Die zweite Sitzung ist heute gewesen; der Abschluß der Verhandlungen wird bereits morgen erwartet.

München, 4. Februar, Nachm. Die „Baierische Zeitung" erfährt aus guter Quelle, daß die in Wien schwebenden Verhandlungen über die Revision des Zoll- und Handelsvertrages mit dem Zollverein einem befriedigenden Abschlusse entgegengehen.

Wien, 4. Februar, Nachm. Die Annahme des Demissionsgesuches des Grafen Belcredi von Seiten des Kaisers gilt als unzweifelhafte Thatsache.

Das heutige Abendblatt der „Presse" erfährt von gut unterrichteter Seite, der ehemalige Minister der auswärtigen Angelegenheiten Graf Mensdorf sei bestimmt, als General-Adjutant des Kaisers an die Stelle des Grafen Crenneville zu treten.

Wien, 4. Februar, Vorm. Belcredi's Entlassung ist angenommen, nachdem derselbe sein Verbleiben im Kabinet als Verwaltungsminister abgelehnt hat. Sein Nachfolger ist noch nicht gefunden. Beust ist Ministerpräsident.

Pesth, 4. Februar, Abends. In der heutigen Schlußsitzung der siebenundsechsziger Kommission wurde das Elaborat des fünfzehner Subcomité's, nachdem die Berathung über die einzelnen Punkte vollendet war, im Ganzen angenommen. Zur Feststellung des authentischen Berichts ist eine Sitzung auf Mittwoch festgesetzt. In das Elaborat wird noch ein Amendement Lonay's aufgenommen, welches sich auf Handels- und Zollverträge, auf indirekte Steuern, Eisenbahnlinien, sowie auf Geldfuß, Münzwesen und Staatsschuld bezieht. Tisza meldet im Namen der Minorität an, daß dieselbe ihren besonderen Ansichten über das Elaborat noch weiteren Ausdruck geben werde. Der Abgeordnete Bömches erklärte im Namen der siebenbürgischen Sachsen seine Freude über das Zustandekommen des Elaborats, wodurch die Verbindung Ungarns und Siebenbürgens weiter befestigt würde.

Kopenhagen, 4. Februar, Nachmittags. In der heutigen Sitzung des Folkethings erklärte der Konseilspräsident Graf Frijs in Beantwortung der Interpellation des ehemaligen Ministers Carlsen über die auswärtige Politik Dänemarks, daß es in dem jetzigen Augenblick unverantwortlich von Seiten der Regierung sein würde, dem Reichstage Mittheilungen über den Stand der auswärtigen Politik zu machen; sobald es das Beste des Staates erfordere, würde die Regierung nicht unterlassen, sowohl ihretwegen als in Berücksichtigung der berechtigten Forderungen der Landesrepräsentation vollständige Erklärungen über den betreffenden Gegenstand abzugeben. Carlsen ließ hierauf seine Interpellation fallen.

Konstantinopel, 4. Februar. Es ist beschlossen worden, die einzelnen Militärpersonen zustehenden Rationen abzuschaffen und eine Reduktion der Beamtengehälter eintreten zu lassen, und zwar der Art, daß bei Gehältern von 3—10,000 Piastern monatlich 20 pCt., bei Gehältern über 10,000 Piaster 30 pCt. in Abzug gebracht werden.

Viehmärkte.

Berlin. Am 4. Februar c. wurden an Schlachtvieh auf hiesigen Viehmarkt zum Verkauf aufgetrieben:

An Hornvieh 1680 Stück. Durch Export-Geschäfte nach dem Auslande war der Handel mit bester Qualität sehr lebhaft und wurde solche mit 17 Rt., mittel mit 14—15 Rt., ord. 9—11 Rt. pr. 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt.

An Schweinen 2586 Stück. Ungeachtet der starken Zutriften war das heutige Geschäft dennoch lebhafter, namentlich wurde beste feine Kernwaare gekauft und mit 17 Rt. pr. 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt.

An Schafvieh 2206 Stück excl. des alten Bestandes von ca. 1600 St. Der Handel war sehr schleppend und konnten Bestände selbst zu gedrückten Preisen nicht aufgeräumt werden.

An Kälbern 667 Stück, welche bei lebhaftem Verkehr zu höheren Preisen bezahlt wurden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 5. Februar. Witterung: trübe und regnigt. Temperatur: + 5° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen matt, loco pr. 85pfd. gelber und weißbunter 73—87 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr $84\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 85 Rt. Br.

Roggen matt, pr. 2000 Pfd. loco $55\frac{1}{2}$—57 Rt. bez., Frühjahr $54\frac{1}{2}$, $54\frac{1}{8}$ Rt. bez. u. Br., 84 Rt. Gd., Mai-Juni $54\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Gd.

Gerste, loco pr. 70pfd. $47\frac{1}{2}$—48 Rt. bez., schles. Connoissemente 47 Rt. Br., 69—70pfd. Frühjahr schles. 49 Rt. Br.

Hafer 47—50pfd. Frühjahr 31 Rt. Br.

Rüböl stille, loco $11\frac{2}{3}$ Rt. Br., $11\frac{1}{2}$ Rt. bez., Februar $11\frac{1}{2}$ Rt. Br., April-Mai $11\frac{3}{4}$ Rt. bez. u. Br., $11\frac{2}{3}$ Rt. Gd.

Spiritus matt, loco $16\frac{7}{12}$, $\frac{13}{24}$ Rt. bez., Februar $16\frac{7}{12}$ Rt. Br., Frühj. $16\frac{3}{4}$, $\frac{2}{3}$ Rt. bez., Mai-Juni $17\frac{1}{12}$ Rt. Br.

Berlin, 5. Februar, 1 Uhr 59 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine $85\frac{1}{4}$ bez. Staats-Anleihe $4\frac{1}{2}$ % $99\frac{3}{4}$ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien $135\frac{1}{2}$ bez. Stargard-Posener Eisenbahn-Aktien 95 bez. Oesterr. National-Anleihe 56 bez. Pomm. Pfandbriefe $90\frac{1}{4}$ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien $183\frac{1}{4}$ bez. Wien 2 Mt. $78\frac{3}{8}$ bez. London 3 Mt. 6. $22\frac{7}{8}$ bez. Paris 2 Mt. $80\frac{5}{6}$ bez. Hamburg 2 Mt. $151\frac{3}{8}$ bez. Mecklenb. Eisenbahn-Aktien $79\frac{1}{4}$ bez. Russ. Prämien-Anleihe $91\frac{1}{4}$ bez. Russ. Banknoten 82 bez. Amerikaner 6% 77 bez.

Roggen Februar $56\frac{3}{8}$ bez., 56 Br., Frühjahr $55\frac{5}{8}$, 55 bez., Mai-Juni $55\frac{1}{2}$ bez., $\frac{1}{4}$ Br. Rüböl loco $11\frac{7}{8}$ bez., Februar $11\frac{3}{4}$ bez. u. Br., Februar-März $11\frac{2}{3}$ bez., April-Mai $11\frac{7}{8}$ bez., $\frac{5}{6}$ Gd. Spiritus loco $17\frac{1}{6}$ bez., Februar-März $17\frac{5}{24}$ bez., $\frac{1}{6}$ Br., April-Mai $17\frac{5}{12}$, $\frac{7}{24}$ bez., Mai-Juni $17\frac{7}{12}$, $\frac{1}{2}$ bez.

Hamburg, 4. Februar. Getreidemarkt. Weizen auf Termine $1\frac{1}{2}$ Rt. höher, pr. Februar 5400 Pfd. netto 152 Bankothaler Br., 151 Gd., pr. Frühjahr 146 Br. u. Gd. Roggen loco ruhig, ab Ostsee 1 Rt. höher geboten, geschäftslos. Pr. Februar 5000 Pfd. Brutto 90 Br., 89 Gd. Hafer unverändert, matt. Oel loco geschäftslos, $25\frac{1}{4}$, $25\frac{3}{8}$, pr. Mai $25\frac{7}{8}$, pr. Oktober $26\frac{3}{8}$. Kaffee und Zink geschäftslos. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 4. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen fest. Raps pr. April 69, pr. Oktober —. Rüböl pr. Mai 38, pr. Oktober-Dezember $39\frac{1}{4}$.

London, 4. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer Weizen langsam, 2 Sch., in fremdem Detailgeschäft 1 Sch. niedriger. Malzgerste 1 Sch. billiger, Erbsen fest, Bohnen vernachlässigt, Hafer langsam. — Regen.